
1) Herausforderung Klimawandel

a) Betrachten Sie die Abbremsung des sich beschleunigenden Klimawandels als die größte Herausforderung der Menschheit?

Ja. Mit den ökologischen Krisen und vor allem der Klimakrise stellt sich der Menschheit die Existenzfrage, nicht weniger.

b) Sehen Sie die Notwendigkeit, Maßnahmen zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre voranzutreiben (z.B. Aufforstung, langfristige stoffliche Nutzung von Biomasse, Einarbeitung von Holzkohle in Ackerböden)?

Ja. So setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass der so genannte LULUCF-Sektor (Treibhausgase aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und der Forstwirtschaft) langfristig eine stabile negative Emissionsbilanz aufweisen und damit eine Senkenfunktion wahrnimmt.

c) Die Erderwärmung und der damit verbundene Klimawandel werden Anpassungen der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Verteidigungspolitik erfordern. Wo sehen Sie den dringlichsten Handlungsbedarf?

Wir wollen die Wirtschaft ökologisch modernisieren und dafür den Weg zur emissionsarmen Wirtschaft für die unterschiedlichen Emissionssektoren beschreiben. Mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz machen wir den Weg planbar und rechtlich verbindlich. Ein grüner Klimaschutzplan unterlegt die Ziele bis 2050 konkret mit den notwendigen Maßnahmen. Das beinhaltet auch, dass wir alle zukünftigen Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima überprüfen wollen.

Für uns ist dabei mitentscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten. Gleichzeitig setzen wir uns für zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme, eine armutsfeste Grundsicherung und eine gerechte Verteilung von Teilhabechancen, Einkommen und Vermögen ein. Denn die ökologische Modernisierung funktioniert nur in einer Gesellschaft, in der es für alle gerecht zugeht.

Das Stichwort für die Finanzwirtschaft lautet „Divestment“. Dabei geht es darum Geschäftsmodellen, die auf fossile Rohstoffe setzen, das Kapital

abzuziehen. Wir wollen die Klimarisiken im Finanzsektor durch eine verpflichtende Klimaberichterstattung großer Unternehmen offenlegen und Ländern und Kommunen sowie Pensionsfonds helfen, klimafreundlich zu investieren. Darüber hinaus wollen grüne Investitionsmöglichkeiten durch eine Zertifizierung stärken.

d) Wie stehen Sie zu der Forderung, Klimaschutz und Schutz vor radioaktiver Verstrahlung als eine von jedem Bürger einklagbare Verpflichtung des Gesetzgebers im Grundgesetz festzuschreiben?

Wir setzen uns dafür ein, den Klimaschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen. Für den Klimaschutz und seine rechtliche Verbindlichkeit wollen wir zudem ein nationales Klimaschutzgesetz verabschieden, das konkrete Emissionsminderungspfade bis 2050 für die einzelnen Emissionsbereiche festschreibt. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, den Atomausstieg ins Grundgesetz zu schreiben.

2) Chancen der Energiewende

a) Bitte zählen Sie die wichtigsten Vorteile auf, die sich Ihrer Meinung nach aus einem Umstieg der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien und Energiespeichern ergeben.

- Drastische Senkung der Treibhausgase und Begrenzung der Klimakrise
- Dezentrale Energieversorgung mit hoher Akteursvielfalt und Bürgerenergien
- Innovation und Leitmarkt für Zukunftstechnologien
- Überwindung der Atomgefahren und der Schadstoffemission aus fossilen Kraftwerken

3) Umsetzungsrahmen für 100% Erneuerbare Energien

a) Bis wann wollen Sie den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien realisiert haben? Bitte geben Sie eine konkrete Jahreszahl an.

Bis zum Jahr 2030.

b) Wollen Sie die Bundesregierung darin unterstützen, die ehemalige nationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz wieder einzunehmen?

Ja. wir wollen selber Regierungsverantwortung übernehmen, um den Klimaschutz in Deutschland endlich wieder voran zu bringen und den netten Reden von Merkel und Hendricks konkrete Taten folgen zu lassen. Seit der Klimaschutzvereinbarung von Paris geht es darum, die Verpflichtungen umzusetzen. In Deutschland stagniert aber die Menge an Ausstoß von Klimagasen seit 12 Jahren!

c) **Setzen Sie sich für Folgendes ein?**

- **Beseitigung der Deckel für Wind- und Solaranlagen:** Ja
- **Abschaffung der EEG-Umlage auf Eigenversorgung und Mieterstrom:** Ja
- **Entbürokratisierung der Gesetzgebung, insbesondere des EEG :** Ja
- **Abschaffung des Ausschreibungsverfahrens für Erneuerbare Energien (oder alternativ für eine Ausweitung der Ausnahmeregeln für kleinere Akteure):**

Ja, wir wollen die Ausweitung der Ausnahmen für kleinere Akteure.

- **Einführung einer Baupflicht für Anlagen zur erneuerbaren Strom- und Wärmeversorgung auf Neubauten, sowie Nachrüstpflicht auf Altbauten**

Ja. Im Rahmen der Zusammenführung von EEWärmeG und EnEV wollen wir in Anlehnung an die Landesgesetzgebung in Baden-Württemberg verpflichtende Vorgaben für die Nutzung erneuerbarer Wärme in Neu- und Bestandsbauten verankern.

- **Vereinfachte Zulassung (z.B. ohne Meldepflicht) von Kleinst-PV-Anlagen, wie sogenannten „Balkonkraftwerken“ oder „Steckerkraftwerken“:** Ja
- **Erleichterungen für Baugenehmigungen von Windparks bundesweit unter Beachtung des Natur- und Anwohnerschutzes (auch in Süddeutschland)**

Ja, wichtig ist, dass der Naturschutz wirklich beachtet wird und die AnwohnerInnen bei Planung und Ausführung mitgenommen werden. Die Zuständigkeit liegt bei den Bundesländern.

- **Unterstützung des naturverträglichen Baus von Windparks in Wirtschaftswäldern**

Ja, wenn er wirklich naturverträglich ist. Die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald kann eine mancherorts angestrebte naturnahe Waldentwicklung, Waldvögel, -fledermäuse und -insekten bedrohen. Eine sorgfältige Standortwahl, ist deshalb für die naturschutzgerechte Umsetzung von Windenergieanlagen gerade auch in Wäldern zwingend.

d) **Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen sie die Elektromobilität fördern? Sehen Sie Hemmnisse, die beseitigt werden müssen?**

Um unsere Klimaziele und eine staufreie Mobilität zu erreichen, brauchen wir eine grüne Verkehrswende, die für eine bequeme und einfache Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel sorgt. Das heißt, Schienenverkehr und ÖPNV auszubauen und ein flächendeckendes Ladenetz für Elektrofahrzeuge zu schaffen. Damit die deutsche Automobilindustrie wettbewerbsfähig bleibt,

muss sie bei der Entwicklung umweltfreundlicher Fahrzeuge Spitze sein. Bei Dieselgate und E-Autos hat die Automobilpolitik der schwarz-roten Bundesregierung auf ganzer Linie versagt. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass Deutschland vorangeht und das Jahr 2030 als Zeitpunkt festlegt, ab dem kein Auto mit fossil betriebenen Verbrennungsmotor mehr vom Band rollt. Um Elektroautos zu fördern, werden wir ein Bonus-Malus-System in die Kfz-Steuer einbauen, um einen klaren Kaufanreiz zu schaffen. Hemmende Steuerprivilegien, etwa für Diesel und dicke Dienstwagen, wollen wir schrittweise abbauen.

e) Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Energieeffizienz und Energieeinsparung voranzubringen?

Die Energiesparverordnung und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz müssen dringend zu einem entbürokratisierten und am Klimaschutz ausgerichteten Gebäudeenergiegesetz zusammengelegt werden. Die Bundesregierung ist damit auf ganzer Linie gescheitert.

Darüber hinaus wollen wir ein Energieeinspargesetz vorzulegen, das ein verbindliches Ziel zur Verringerung des Primärenergiebedarfs um 50 Prozent bis 2050 sowie Zwischenschritte für 2030 und 2040 enthält.

Auf EU-Ebene wollen wir den Top-Runner-Ansatz für energiebetriebene Geräte einführen und auf nationaler Ebene Ausschreibungen zur Erschließung von Energiesparpotenzialen im Strom- und Wärmebedarf breit anwenden.

Neben dem Ordnungsrecht wollen wir die Förderung auf neue Beine stellen mit unserem neuen Programm „Faire Wärme“, über das wir jährlich 2 Milliarden Euro für Städte und Gemeinden zur sozialverträglichen Sanierung von Wohnvierteln bereithalten wollen.

Wir wollen die Vergünstigungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen koppeln. Begünstigt werden sollen also vor allem Unternehmen, die sich um Effizienz bemühen.

Bei der Effizienzförderung ist aber mehr Geld ist nicht alles. Wir brauchen auf die Zielgruppen zugeschnittene, unbürokratische Förderprogramme, wollen die Kommunen ins Boot für die energetische Sanierung holen und endlich eine zentrale Kompetenzstelle für Energieeffizienz schaffen. Dafür setzen wir uns ein.

4) Umsetzungsschritte zu einer dezentralen Versorgungssicherheit

a) Wie wollen Sie dezentrale Versorgungskonzepte (z.B. Quartierslösungen) in einer künftigen Energieversorgung stärken?

Wir wollen zu diesem Zweck die Rolle der Kommunen stärken. Sie sollen zum einen die Wärmeplanung für Quartiere übernehmen und bei der Umsetzung von

Nahwärmekonzepten unter Einbeziehung erneuerbarer Energien und Abwärme im Rahmen des Programms „Faire Wärme“ gefördert werden. Zudem wollen wir ein Förderprogramm für Wärmespeicher auflegen.

b) Sehen Sie den Ausbau von Energiespeichern (Kurz-, Mittel und Langzeitspeichern) als dringende Schwerpunkt-Aufgabe bei der Umstellung auf 100 % Erneuerbare Energien? Ja

c) Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, den Ausbau und die flächendeckende Nutzung von Strom- und Wärmespeichern in Deutschland zu beschleunigen?

Wir wollen den Einsatz von Stromspeichern durch eine Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten wirtschaftlich machen. Ebenso sind die Rahmenbedingungen für die Nutzung zeitweise und regional anfallender Stromüberschüsse in den Bereichen Industrie, Wärme oder Verkehr zu verbessern. Und nicht zuletzt wollen wir ein Förderprogramm zum Bau von 10.000 Wärmespeichern auflegen.

d) Wollen Sie den weiteren Ausbau zusätzlicher Fernübertragungsnetze beenden?

Nein. Wir GRÜNE setzen uns für die vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien ein. Um dies zu schaffen, muss die veraltete Netzinfrastruktur fit gemacht werden. Nur so ist garantiert, dass die teils stark schwankenden erneuerbaren Stromquellen dezentral ins Netz eingespeist werden können und dass Windstrom aus dem Norden effizient und weiträumig in die Verbrauchshochburgen in Süd- und Westdeutschland übertragen wird. Dazu braucht es auch neue Stromtrassen.

5) Umsetzungsschritte durch Sektorenkopplung

a) Bis wann streben Sie eine Konvergenz der Energiemärkte Strom, Wärme und Mobilität (bis hin zur vollständigen Sektorenkopplung) an?

Wichtiger als ein Enddatum für diese Konvergenz festzulegen ist es, jetzt unverzüglich mit der Sektorenkopplung zu beginnen.

b) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dies erreichen?

Als zentrale Maßnahmen sehen wir eine Speicher-Offensive. Speicher sind die Schnittstelle zwischen dem Strom-, Wärme- und Verkehrssektor. Sie müssen künftig daher anders behandelt werden als Letztverbraucher. Wir wollen den Einsatz von Stromspeichern durch eine entsprechende Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten wirtschaftlich machen. Ebenso sind die Rahmenbedingungen für die Nutzung zeitweise und regional anfallender Stromüberschüsse in den Bereichen Industrie, Wärme oder Verkehr zu verbessern. Und nicht zuletzt wollen wir ein Förderprogramm zum Bau von 10.000 Wärmespeichern auflegen.

c) Welche Bedeutung messen Sie den folgenden Technologien bei: power-to-gas, power-to-liquid, power-to-heat?

Power-to-Gas (PtG), Power-to-Liquid (PtL) und Power-to-Heat (PtH) sind zentrale Techniken, die die Sektorkopplung voranbringen. Sie stellen die Schnittstelle zwischen dem (Öko-)Stromsektor und dem Verkehrs-, Wärme- und Industriesektor dar. Wir wollen den Einsatz von PtH, PtL und PtG durch eine entsprechende Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten wirtschaftlich machen. Der Einsatz insbesondere von flüssigen Treibstoffen auf PtL-Basis in Fahrzeugen wollen wir auf Flug-, Schiffs- und Güterverkehr konzentrieren, in denen es – anders als beim PKW-Verkehr – keine andere umweltverträgliche Alternative gibt.

6) Umsetzungsschritte zur Kosten-Klarheit und Kosten-Wahrheit

a) Werden Sie sich für eine nationale CO₂-Steuer bzw. -Abgabe einsetzen? Wenn ja, in welcher Höhe und wer soll diese Steuer zahlen?

Ja. Wir führen einen nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung ein. Darüber hinaus wollen wir die Stromsteuer abschaffen und im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung einführen.

b) Werden Sie sich für eine Brennelemente-Steuer einsetzen? Ja

7) Umsetzungsschritte zum Ausstieg aus Atom und Kohle

a) Halten Sie am Atomausstieg fest? Ja

b) Soll die Urananreicherungsanlage in Gronau weiter betrieben werden?
Nein

c) Soll die Brennelementefabrik in Lingen weiter betrieben werden? Nein

d) Sind Sie dafür, aus dem EURATOM-Vertrag auszuscheiden?

Ja, sofern es nicht gelingt ihn zu einem Atomausstiegsvertrag zu machen, der eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien vorbereitet.

Der Ausstieg aus der Atomenergie darf nicht ein Umstieg und längeres Festhalten auf Fossilenergie werden. Erneuerbare Energien bieten Chancen auf neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region, wo die Energie erzeugt und gebraucht wird.

e) Halten Sie es für sinnvoll – ähnlich wie beim Atomausstieg – auch für jedes Kohlekraftwerk die endgültige Stilllegung gesetzlich festzuschreiben?

Ja. Wir wollen dieses Ziel in Deutschland im Einklang mit der vollständigen Umstellung auf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 erreichen.

f) Bis wann soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen?

Bis zum Jahre 2030.